



Auswertung für 2020

der dokumentieren Vorfälle
der Berliner Register

Berlin, März 2021

Die Berliner Register werden finanziert aus Mitteln des Berliner "Landesprogramms Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus" der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.

Senatsverwaltung
für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung

be **ini** Berlin

Demokratie.
Vielfalt. Respekt.
in Berlin.

Das Landesprogramm

Ergebnisse 2020

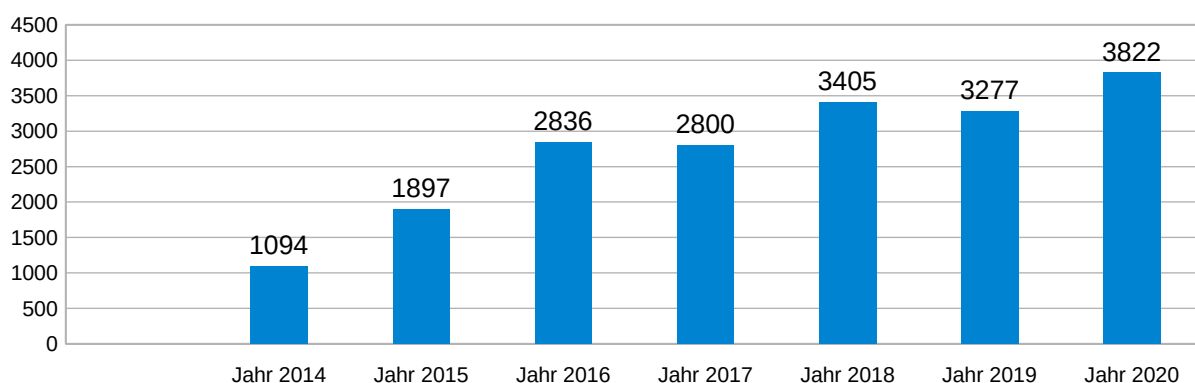
Das Jahr 2020 war geprägt von Ereignissen, die die gesamte Gesellschaft betrafen, weil sie tiefe Wunden sichtbar gemacht und neue geschaffen haben. Am 19. Februar 2020 erschoss ein rechter Gewalttäter aus rassistischer Motivation in Hanau neun Menschen mit Migrationsgeschichte.

Zeug*innen der Tat, Angehörige und Freund*innen der Ermordeten kritisieren das Vorgehen der staatlichen Ermittlungsbehörden in der Tatnacht und die mangelhafte Aufarbeitung von Fehlern, die im Zusammenhang mit der Tat durch staatliche Institutionen gemacht wurden. Sie empfinden Schmerz, Wut und Trauer. Der Rassismus, der zur Ermordung ihrer Liebsten führte, ist tief verankert in der deutschen Gesellschaft und weit verbreitet. Rassismus prägt den Alltag und die Lebenswege vieler Menschen. Dies zeigte sich auch nach dem Tod des Schwarzen US-Amerikaners George Floyd. Er war am 25. Mai 2020 während einer Polizeimaßnahme trotz Interventionen und Kameraaufnahmen von einem Weißen Polizisten erstickt worden. In der öffentlichen Debatte wurde Rassismus zunächst als Problem in den USA verortet, in deutschen Talkshows wurden Menschen mit Migrationsgeschichte nur selten eingeladen um zu dem Thema zu sprechen. Erst in den Monaten danach wurde, verstärkt durch die Black-Lives-Matter-Bewegung, Rassismus in der deutschen Gesellschaft, in den Medien und in der Polizei öffentlich thematisiert. In der Öffentlichkeit gibt es seitdem etwas mehr Raum, um die Perspektiven von Menschen wahrzunehmen, die Rassismus erfahren.

Auf die Dokumentation der Registervorfälle hatten beide Ereignisse nur geringe Auswirkungen, aber die Ergebnisse stützen das, was Betroffene schildern. Sie zeigen, dass Rassismus kein Phänomen am Rand der Gesellschaft ist, sondern dass er Alltag ist und erhebliche Auswirkungen auf die Lebensgestaltung vieler Menschen hat.

Die Corona-Pandemie ist eine weitere Zäsur, die weltweit alle Menschen betrifft. Ab Mitte März wurden in Berlin erste Kontaktbeschränkungen und Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie umgesetzt. Die Registerstellen vermuteten zunächst, dass die Einschränkungen des öffentlichen Lebens zu einem Rückgang der Vorfälle führen würde. Es kam anders.

Gesamtzahl der Vorfälle 2014 bis 2020



In die berlinweite Übersicht für das Jahr 2020 fließen **Daten aus allen 12 Berliner Bezirken** ein. Grundlage der Auswertung sind **3822 Vorfälle** (2019: 3277), die bis Ende Februar 2020 durch die Registerstellen, die Opferberatung ReachOut und andere Kooperationspartner*innen erfasst wurden. Die für das Jahr 2020 von den Berliner Registern aufgenommenen Zahlen spiegeln nicht alles wieder, was passierte, sondern nur die Vorfälle, die den Registern zur Kenntnis gelangt sind. Durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Beschränkungen des öffentlichen Lebens wurden in den ersten fünf Monaten des Jahres 2020 weniger Vorfälle als in den ersten fünf Monaten des Jahres 2019 dokumentiert. Ab Juni 2020 steigen die Vorfallszahlen im Vergleich mit den Monaten des Vorjahres immer weiter an. Waren im Jahr 2019 noch die Monate April (332) und Mai (409) die mit den meisten Vorfällen, sind es 2020 August (375), November (374) und Oktober (370). Das heißt, dass sinkende Vorfallszahlen durch die Einschränkungen im öffentlichen Leben im Zuge der Corona-Pandemie nur von März bis Mai beobachtet werden konnten. Ab Juni hatten die Einschränkungen keine Auswirkungen auf die Vorfallszahlen.

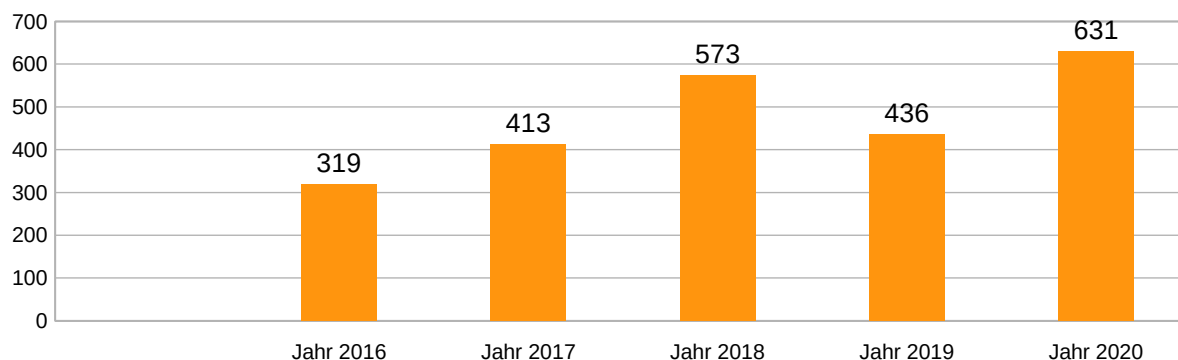
Im Durchschnitt wurden pro Tag etwa 10 Vorfälle aufgenommen. Der Bezirk, in dem die meisten Vorfälle dokumentiert wurden, ist Mitte mit 609 Vorfällen. Reinickendorf und Spandau sind mit jeweils 98 Vorfällen die Schlusslichter. In 58 Prozent aller Vorfälle (2234) handelte es sich um Propaganda (2019: 50 Prozent). Die Hauptmotive waren wie in den Vorjahren Rassismus (1306 Vorfälle, 34 Prozent) und Antisemitismus (774 Vorfälle, 20 Prozent). In die Zählung rassistischer Vorfälle gingen auch antimuslimische, antiziganistische und anti-Schwarze Vorfälle ein.

Anzahl der Vorfälle in den Berliner Bezirken 2014 bis 2020

Bezirk	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Charlottenburg-Wilmersdorf	105	182	229	246	280	241	276
Friedrichshain-Kreuzberg	80	89	134	171	241	267	345
Lichtenberg	105	234	338	268	209	258	421
Marzahn-Hellersdorf	84	295	354	187	182	154	252
Mitte	79	190	283	344	495	645	609
Neukölln	126	133	265	269	360	204	236
Pankow	167	242	229	230	234	236	248
Reinickendorf	-	29	68	107	114	107	98
Spandau	18	39	50	69	78	95	98
Steglitz-Zehlendorf	-	-	247	236	220	180	147
Tempelhof-Schöneberg	35	82	119	100	93	126	132
Treptow-Köpenick	227	305	360	310	447	324	329
Berlinweit	-	-	160	264	452	440	631
Summe	1026	1820	2837	2800	3405	3277	3822

Insgesamt wurden 545 Vorfälle mehr dokumentiert als im Vorjahr. Der Anstieg ist auf Propaganda aus den traditionellen Themenfeldern der extremen Rechten zurückzuführen. So wurde im Jahr 2020 ein Zuwachs der Propagandavorfälle um 576 verzeichnet (2019: 1658). Der Anstieg der Propaganda ist in den Themen NS-Verharmlosung und -Verherrlichung (+208), Antisemitismus (+173 Vorfälle), rechte Selbstdarstellung (+160) und Politische*r Gegner*in (+106) zu finden. Das bedeutet, dass Menschen, die inhaltlich der extremen Rechten nahe stehen, viel häufiger als im Jahr 2019 Hakenkreuze geschmiert und andere Propaganda geklebt und verteilt haben. Die Bedingungen der Pandemie haben diese individuelle Aktionsform gestärkt. Neben der Propaganda auf der Straße war auch ein Anstieg von antisemitischen Online-Vorfällen zu verzeichnen. Die antisemitische Propaganda stieg auf 492 an (2019: 253) von insgesamt 631 antisemitisch motivierten Vorfällen. Die folgende Grafik zeigt die Gesamtzahl von erfassten Vorfällen im Internet, mit Bezug zu Berlin.

Onlinevorfälle mit Bezug zu Berlin



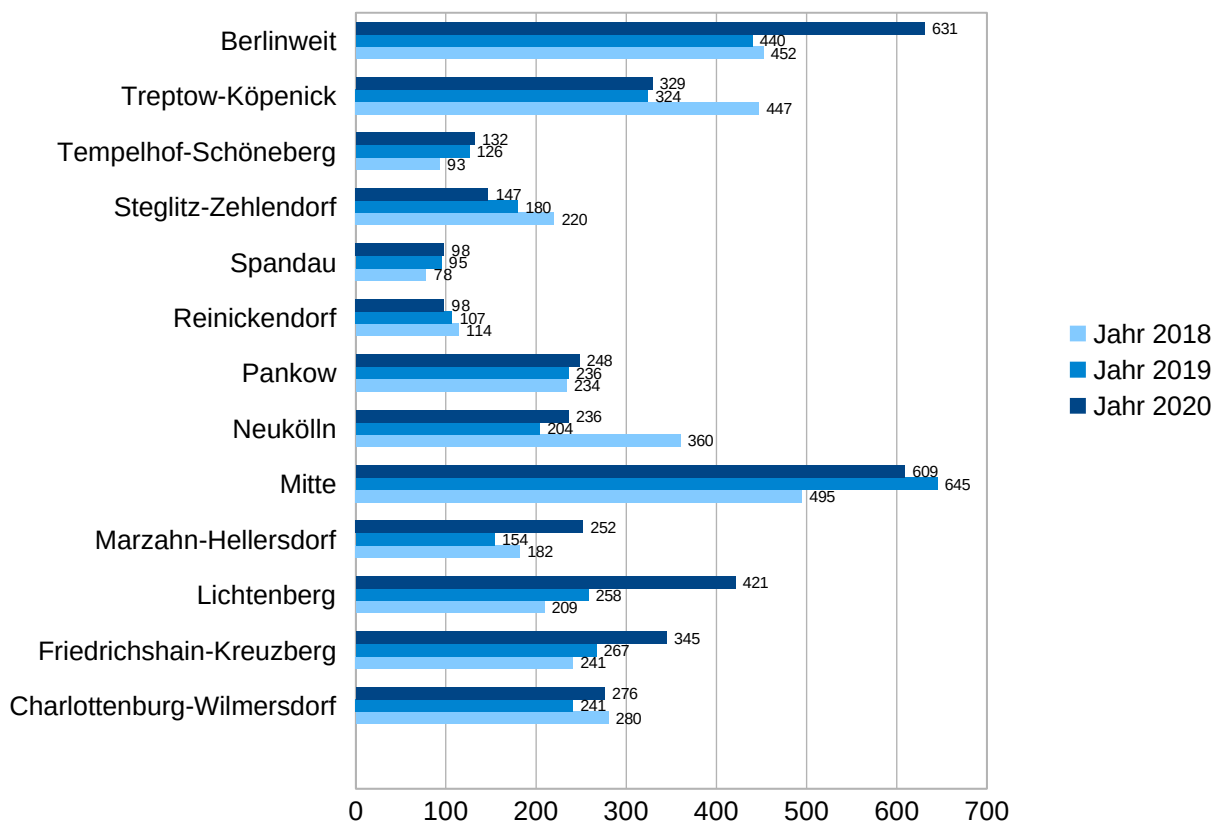
Jenseits der Online-Vorfälle bleibt die Kategorie mit den meisten Vorfällen Rassismus (34 Prozent). Hier lag die Fallzahl mit 1306 nur um 30 niedriger als im Jahr 2019. Einen Rückgang gab es nur bei rassistischen Veranstaltungen, die durch Veranstaltungen von Corona-Leugner*innen verdrängt wurden. Die Zahl von Angriffen ist mit 211 (2019: 216) auf dem Niveau des Vorjahres geblieben. Rassistische Beleidigungen und Bedrohungen, Propaganda, Sachbeschädigungen und die Anzahl an Diskriminierungsfällen sind leicht gestiegen. Grund dafür ist das wachsende Netzwerk an Kooperationspartner*innen, Anlaufstellen und aktiven Personen, die häufig Vorfälle meldeten.

Kooperationspartner*innen aus dem Bereich der Antidiskriminierungsberatung wie Amaro Foro, Inssan, EOTO, die Opferhilfe Berlin, die „Antidiskriminierungsberatung Alter und Behinderung“ und die Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS) haben einen großen Anteil unter den Vorfällen, bei denen es sich um Diskriminierung durch Behörden und Institutionen handelt. In den Vorjahren noch unter der Kategorie „Sonstiges“ zu finden, wurde im Jahr 2020 die neue Kategorie "Strukturelle Benachteiligung" für diese Fälle eingeführt. Die Zahl der Vorfälle in dieser Kategorie lag bei 147, davon wurden 126 (86 Prozent) der Kategorie Rassismus zugeordnet.

Bezirke: Anstiege in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Friedrichshain gehen auf Propaganda zurück

Die Bezirke, in denen die Vorfallszahlen deutlich stiegen, sind Marzahn-Hellersdorf mit 252 Vorfällen (+98), Lichtenberg mit 421 Vorfällen (+163), Friedrichshain-Kreuzberg mit 345 Vorfällen (+78) und die Vorfälle, die keinem Bezirk zugeordnet werden können. und in der Kategorie "berlinweit" erfasst wurden. Hier war der Anstieg um 191 Vorfälle von 440 auf 631 am größten. In allen drei Bezirken ist der Anstieg auf eine Häufung von Propaganda-Vorfällen zurückzuführen. Dass jeder Propagandavorfall bei dem jeweiligen Register gemeldet wurde, ist u.a. zurückzuführen auf neue Kommunikationskanäle, wie lokale Chatgruppen, die es erleichtern, Beobachtungen im Alltag weiterzuleiten, wenn dort täglich Aufkleber geklebt und Hakenkreuze geschmiert wurden. Die Zunahme an Propaganda ist auf Vorfälle zurückzuführen, die den Nationalsozialismus verharmlosten oder verherrlichten. Sie sind stark angestiegen von 353 im Jahr 2019 auf 609 in 2020.

Gesamtzahl der Vorfälle 2018 bis 2020



Bei den berlinweiten Vorfällen ist der Anstieg auf antisemitische E-Mails und Kommentare in sozialen Netzwerken zurückzuführen, die gezielt an Einzelpersonen oder jüdische Einrichtungen verschickt wurden, aber keinem Stadtbezirk zuzuordnen waren. Die Recherche- und

Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) hat diese Vorfälle dokumentiert.

In **Charlottenburg-Wilmersdorf** wurden 276 Vorfälle dokumentiert. Dies entspricht einem Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 15 Prozent. Insgesamt wird deutlich, dass mehr direkte Anfeindungen im öffentlichen und privaten Raum erfasst wurden, wie Beleidigungen, Bedrohungen, und besonders Angriffe (+65 Prozent). Dabei, sowie bei der Gesamtzahl der Vorfälle, war Rassismus das häufigste Motiv. Aus Charlottenburg wurde vermehrt extrem rechte Propaganda gemeldet, denn hier sitzen weiterhin Institutionen der Neuen Rechten. Diskriminierende wie anti-asiatisch rassistische Vorfälle, Propaganda und Veranstaltungen im Zuge der Radikalisierung der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen, machten fast ein Viertel aller Vorfälle aus. Propaganda und Angriffe gegen politische Gegner*innen verzeichneten einen Anstieg um 95 Prozent.

Im Jahr 2020 wurden dem Register **Friedrichshain-Kreuzberg** 345 Vorfälle, gemeldet, 77 mehr als im Vorjahr. Rechte und rassistische Propaganda war mit 196 Vorfällen die häufigste Vorfallsart. Hakenkreuzschmierereien haben sich im Bezirk auf 23 zum Vorjahr verdoppelt, auch Aufkleber gegen politische Gegner*innen und aus dem Bereich rechte Selbstdarstellung stiegen deutlich an. Hintergrund war die verstärkte Aktivität von Personen, die dem neonazistischen und extrem rechten Milieu nahestehen. Trotz Lockdown sind die Angriffe auf Personen auf gleichem Niveau zum Vorjahr geblieben. In sieben Fällen wurden Helfer*innen beschimpft, bespuckt, verfolgt, mit einem Messer bedroht oder verletzt. Rassismus war mit 121 Vorfällen das häufigste Motiv. Der Ortsteil Kreuzberg, der bei den Vorfällen stets deutlich unterhalb der Werte für Friedrichshain lag, holte auf. Das heißt hier ereigneten sich seit zwei Jahren vergleichsweise mehr Vorfälle oder diese wurden verstärkt gemeldet.

Für das Jahr 2020 verzeichnete das **Lichtenberger** Register einen Höchststand von 421 gemeldeten Vorfällen - über 60 Prozent mehr als 2019 (258 Vorfälle). Trotz Corona-Beschränkungen gab es einen deutlichen Anstieg gesprühter und geklebter rassistischer und extrem rechter Propaganda (340 Vorfälle), die sich mehr als verdoppelt hat. Es mehrten sich die Vorfälle rassistischer Äußerungen gegen asiatisch gelesene Menschen und Verschwörungserzählungen. Mit 25 Angriffen und 43 Beleidigungen, Pöbeleien oder Bedrohungen war nach wie vor mindestens einmal die Woche eine Person im Bezirk von Gewalt betroffen, meist mit rassistischem Motiv.

Die Zahl der gemeldeten Vorfälle in **Marzahn-Hellersdorf** ist mit 252 im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um rund 60 Prozent (98 Vorfälle) gestiegen. Diese Entwicklung war in erster Linie die Folge des Anstiegs der registrierten Propaganda-Vorfälle, die auf eine Stärkung derjenigen zurückzuführen ist, die Vorfälle meldeten. Vor dem Hintergrund der pandemiebedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens zeigte sich, dass die Zahl der erfassten Angriffe im Vergleich zum Vorjahr (2019:15 Angriffe, 2020: 17 Angriffe) ungefähr konstant blieb, die Zahl der

Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien sogar erheblich zugenommen (von 23 auf 33) hat. Trotz des Lockdowns dokumentierte das Register in **Mitte** im Jahr 2020 insgesamt 609 Vorfälle, gegenüber dem traurigen ‚Rekordjahr‘ 2019 mit 645 Vorfällen und 495 Vorfällen (2018). Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien stiegen sogar von 142 (2019) auf nun 166 (2020) weiter an, die mit 110 statt 94 (2019) erneut zumeist rassistisch motiviert waren. Insbesondere Vorfälle von Anti-Schwarzem Rassismus erhöhten sich im Bezirk Mitte, in dem besonders viele Menschen afrikanischer Herkunft wohnen, um 66 Prozent von 41 auf 68. Rechte Veranstaltungen wie Kundgebungen und Demonstrationen, die im Bezirk Mitte mit dem Regierungsviertel und seinen zentralen öffentlichen Plätzen besonders häufig stattfanden, nahmen von 164 auf 183 weiter zu. Diese waren seltener rassistisch motiviert als in den Vorjahren. Stattdessen richteten sie sich gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, zumeist unter starker Beteiligung extrem rechter Akteur*innen und verschwörungsideologisch geprägt. Durch diese Proteste verdoppelten sich Vorfälle der Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus - zumeist NS-Relativierungen - von 49 auf 103 Vorfälle. Der Anstieg antisemitischer Vorfälle von 80 auf 100 ist ebenso besonders auf diese verschwörungsideologischen Demos zurückzuführen.

Die Gesamtzahl der gemeldeten Fälle stieg in **Neukölln** von 204 Fällen im Vorjahr auf 236 Fällen im Jahr 2020 an. Dabei stiegen vor allem die Fälle von Propagandameldungen (von 96 auf 148), wobei rassistische und NS-verharmlosende Inhalte dominierten. Die aktive Strategie der rechten Kleinstpartei "Der III. Weg" in Nordneukölln rechtsradikale Inhalte zu verbreiten, setzte sich auch zu Beginn des neuen Jahres fort. Zugleich sanken mit den Kontakten im öffentlichen Raum in der Pandemie die Zahlen der gemeldeten Angriffe (35), wobei Neukölln mit Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg noch immer zu den Bezirken mit überdurchschnittlich hohen Angriffszahlen zählte. Die Pandemie wirkte sich auf die dokumentierten Vorfälle aus. Betroffene berichteten häufiger als in den Jahren davor von anti-asiatischem Rassismus, welcher fast immer im Zusammenhang mit COVID-19 stand. Auch die Zahl der Angriffe gegen LGBTIQ*Personen war weiterhin hoch (2020: 15; 2019: 21).

Im Jahr 2020 wurden 248 Vorfälle (2019: 236, 2018: 234) für den Bezirk **Pankow** registriert. Trotz Pandemie und damit verbundener gemeinschaftlicher Kontaktreduzierung stellte dies die höchste Anzahl seit Gründung des Registers 2005 dar. Die Anzahl der Angriffe erhöhte sich (2020: 35, 2019: 28, 2018: 24), die Zahl der Beleidigungen blieb auf ähnlichen Niveau (2020: 37, 2019: 39, 2018: 50). Das Hauptmotiv aller Meldungen war und blieb Rassismus (2020: 105, 2019: 93, 2018: 118).

In **Reinickendorf** lag die Anzahl der erfassten Vorfälle mit 98 (2019: 107) auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr und ist geringfügig gesunken. Der leichte Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass die NPD von Internetplattformen verbannt wurde und pandemiebedingt ihre Veranstaltungen nicht stattfanden. Die Zahl der Angriffe hat sich von 10 auf 20 verdoppelt. 15 der

20 Angriffe waren rassistisch motiviert, 5 davon antimuslimisch. Die Zahl der LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle ist leicht gestiegen. Insgesamt waren über die Hälfte der Vorfälle rassistisch motiviert (58%). Innerhalb dieser Kategorie war ein deutlicher Anstieg von antimuslimischem Rassismus zu verzeichnen (2020: 28, 2019: 12).

Die Anzahl der erfassten Vorfälle für den Bezirk **Spandau** lag mit 98 Vorfällen auf Vorjahresniveau. Im Jahr 2020 wurden mit 21 die meisten Angriffen dokumentiert, die überwiegend rassistisch, vor allem antimuslimisch, motiviert waren, die Übrigen waren LGBTIQ*-feindlich. Auffällig war der Rückgang der Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien um mehr als 50 Prozent, was auf die coronabedingt reduzierten Kontakte im öffentlichen Raum zurückgeführt wird sowie ein Anstieg von Propaganda der extremen Rechten. Die meisten Vorfälle wurden weiterhin für den Ortsteil Spandau dokumentiert, aber auch aus den anderen Spandauer Ortsteilen konnten Vorfälle erfasst werden.

Trotz Lockdown und Pandemie gab es 147 Vorfälle (-18 Prozent) in **Steglitz-Zehlendorf**, davon 9 Angriffe und 13 Veranstaltungen. Bedrohungen und Beleidigungen sind leicht angestiegen (2020:22, 2019:19). Rassismus blieb das häufigste Motiv.

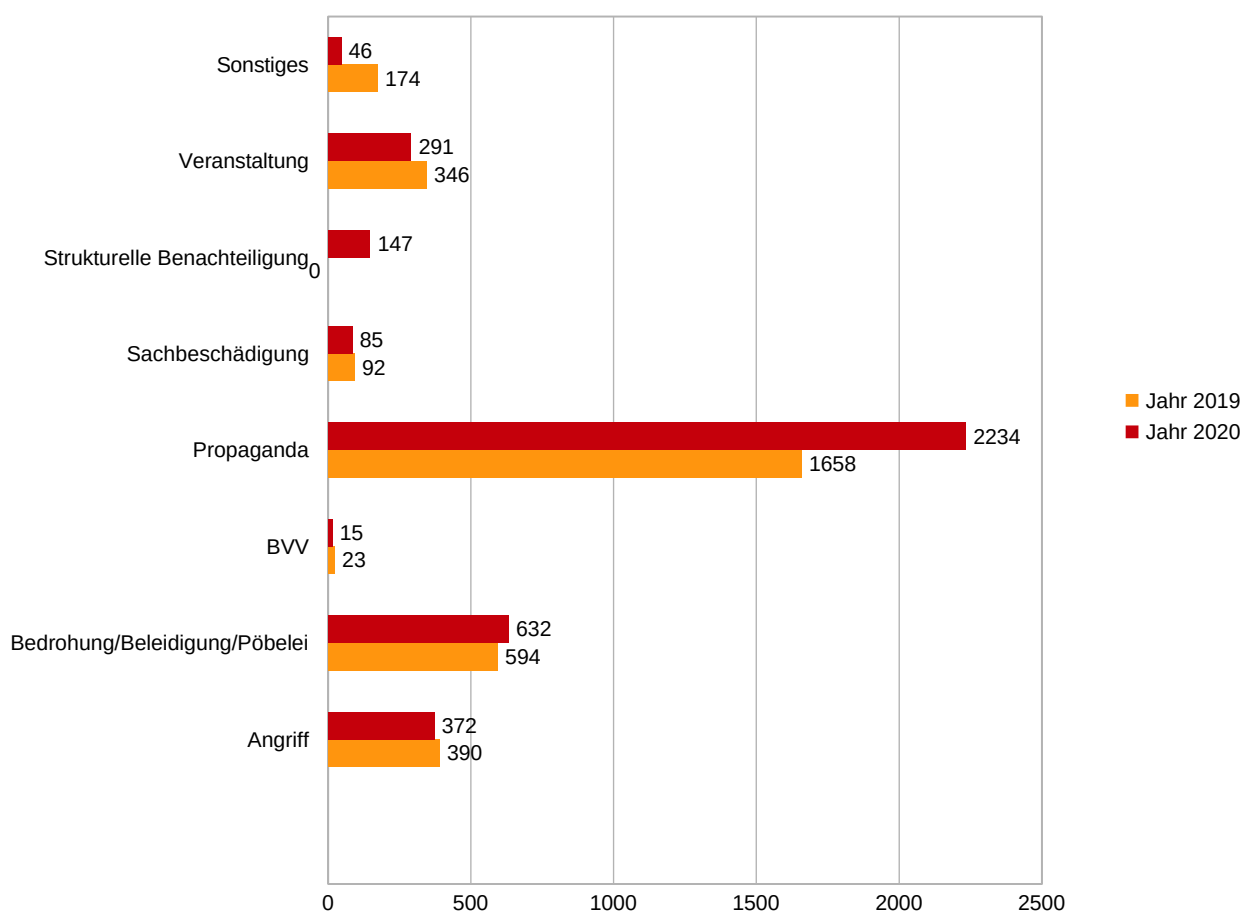
In **Tempelhof-Schöneberg** ist gegenüber den Vorjahren (2019: 126 Vorfälle; 2018: 93 Vorfälle; 2017: 100 Vorfälle) die Gesamtzahl mit 132 Vorfällen leicht angestiegen. Im Vergleich zu 2018 war ein Anstieg um mehr als ein Drittel zu beobachten. Im Bereich der NS-verharmlosenden und -verherrlichenden Vorfälle wurde ein weiterer Anstieg verzeichnet. Am häufigsten wurden diese Vorfälle in Mariendorf bekannt. Der Anstieg der Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien im Bezirk (2020: 38; 2019: 17; 2018: 18; 2017:21) resultierte aus einem Anstieg rassistisch motivierter Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien um 22 Vorfälle. Es gab einen starken Rückgang der LGBTIQ*-feindlichen Angriffe in Schöneberg-Nord, der darauf zurückzuführen ist, dass Sexarbeiter*innen nicht auf der Straße arbeiten konnten, wo sie im Jahr 2019 noch vermehrt attackiert wurden.

Mit 329 dokumentierten Vorfällen wurde in **Treptow-Köpenick** nahezu dasselbe Niveau wie im Vorjahr (2019: 324) erreicht. Dabei nahmen die Angriffe (2020: 27, 2019: 33) und Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien (2020: 37, 2019: 52) ab. Das zeichnete sich insbesondere bei Vorfällen in den Abend- und Nachtstunden ab und ist damit sehr wahrscheinlich auf die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zurückzuführen. Es kam zu einer erneuten Steigerung des Motivs Rassismus; 69 Prozent aller Übergriffe waren rassistisch motiviert (2019: 64 Prozent, 2018: 51 Prozent). Propagandavorfälle nahmen zu (2020: 235, 2019: 196), wobei insbesondere das Motiv NS-Verharmlosung und Verherrlichung stark anstieg (2020: 96, 2019: 37).

Vorfallsarten: Steigende Propaganda-Vorfälle, weniger Veranstaltungen, Gewaltvorfälle trotz Pandemie auf gleichem Niveau

Der Blick auf die Art der Vorfälle zeigt, dass der Anstieg um 545 Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr seine Ursache in den Propagandavorfällen hat. Entgegen der Erwartungen war die Zahl der Angriffe und die der Beleidigungen und Bedrohungen auf dem Niveau des Vorjahres, auch wenn im Jahr 2020 weniger Menschen in Clubs, Kneipen und öffentlichen Verkehrsmitteln zusammenkamen.

Art der Vorfälle 2019 und 2020



Die Zahl der Angriffe ist nur leicht gesunken. In den Vorjahren ohne Corona-Pandemie waren die Schwerpunkte von Angriffen öffentliche Verkehrsmittel, Partykneipe oder Demonstrationen. In Wohngebieten, in Schulen oder Supermärkten kamen Angriffe vor, aber sie waren nicht häufig. Die Bezirke mit den stärksten Rückgängen an Angriffen sind Mitte (-33), Neukölln (-19) und Tempelhof-Schöneberg (-11). Gegenüber dem Jahr 2020 wurden durch die Pandemie die öffentlichen Verkehrsmittel weniger benutzt, Clubs und Kneipen waren weitestgehend geschlossen und die Anzahl an Demonstrationen ist gesunken. Warum ist die Zahl dieser Vorfälle dann nicht

gesunken? Weil Menschen, die potenzielle Täter*innen und Betroffene sein können, nicht verschwinden, ebenso wenig wie Rassismus als Motiv oder die Gewaltbereitschaft. Statt im Büro oder im Club waren die Menschen in ihrem Wohnviertel spazieren, im Supermarkt oder mit ihren Kindern im Park und auf dem Spielplatz und genau dort haben im Jahr 2020 die Angriffe stattgefunden. In diesem Zusammenhang kann auch die Verdopplung der Angriffszahlen in Spandau (2020: 21; 2019: 9) und Reinickendorf (2020: 20; 2019: 10) erklärt werden.

Mit 291 **Veranstaltungen** gab es einen Rückgang um ca. 15 Prozent (291: 346). Der Trend aus den vergangenen Jahren, dass immer weniger politische Veranstaltungen der extremen Rechten in den Außenbezirken stattfinden und die Demonstrationen in der Innenstadt ansteigen, hat im Jahr 2020 angehalten. Im Bezirk Mitte fanden allein 63 Prozent aller Veranstaltungen statt (2019: 45 Prozent), in Charlottenburg-Wilmersdorf 41 Veranstaltungen (14 Prozent). In allen anderen Bezirken lagen die Zahlen unter 13 Veranstaltungen. Akteur*innen der extremen Rechten wie die NPD, die Partei "Der III. Weg" oder auch die "Identitäre Bewegung" waren im Jahr 2020 kaum präsent. Sie mischten sich gemeinsam mit Reichsbürger*innen, rechten Youtuber*innen, Hooligans, Anhänger*innen von Verschwörungsmythen, wie Q-Anon und der AfD unter die Demonstrationen der Coronaleuger*innen und Impfgegner*innen. Auch wenn die Akteur*innen der extremen Rechten zu Beginn eher auf diese neue Bewegung aufsprangen, waren sie von Anfang an geduldet, konnten oft auch als (Mit-)Organisator*innen wirken und so zu ihrer schnellen Radikalisierung beitragen. Die vielseitigen Spektren einte die Ablehnung der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie. Besonderes Augenmerk erhielten sie von den Registern nicht nur wegen der dort beteiligten Akteur*innen, sondern wegen der Inhalte, die dort massenhaft zur Schau gestellt wurden. Darunter waren antisemitische und rassistische Verschwörungsmythen ebenso wie Vergleiche mit dem Holocaust und der NS-Diktatur. Die Melange aus bewaffneten und gewaltbereiten Neonazis und Reichsbürgern mit Menschen, die Verschwörungsmythen folgen, und jenen, die nicht selbst der extremen Rechten angehörten, aber durch die fehlende Distanzierung von diesem Spektrum zu dessen Legitimierung beitragen, ist Anlass zur Sorge. Der rechte Terror von Christchurch, Halle und Hanau fußte auf diesen Ideologien.

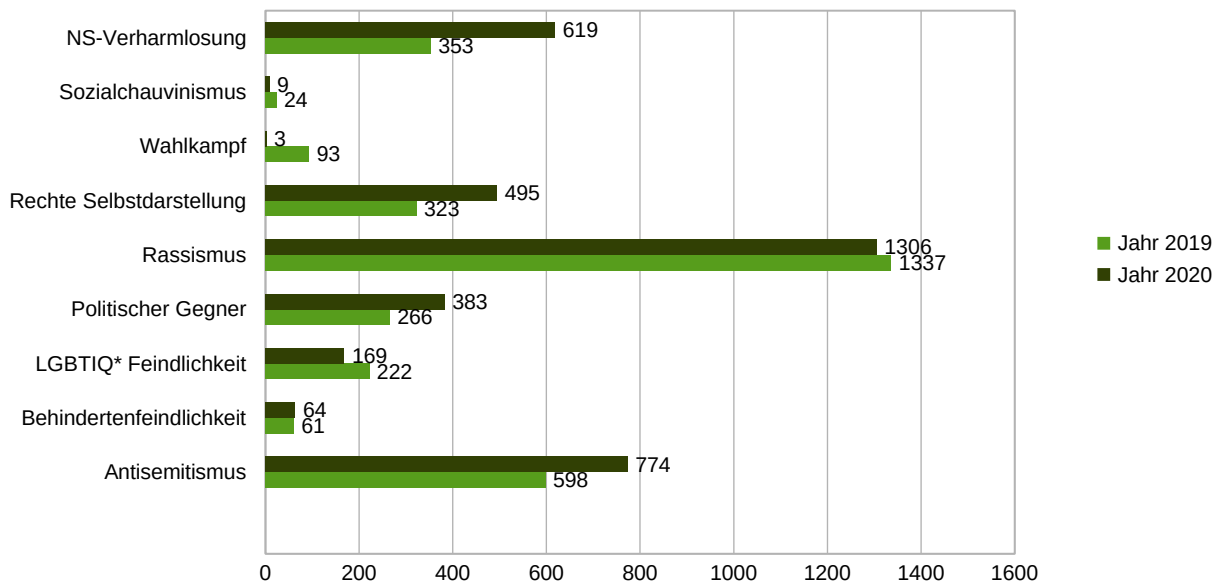
Die Kategorie "**Strukturelle Benachteiligung**" wurde im Berichtszeitraum 2020 neu eingeführt. Dort werden Vorfälle von Racial Profiling sowie Diskriminierungsfälle aus Behörden und Institutionen erfasst. Im Jahr 2019 waren diese Fälle in der Kategorie "Sonstiges" zu finden. Addiert man die Vorfallszahlen der Kategorien "Strukturelle Benachteiligung" und "Sonstiges" für das Jahr 2020, kommt man auf 193 Vorfälle. Diese Zahl liegt leicht über den 174 "Sonstigen" Vorfällen aus dem Jahr 2019. Dass es dort einen leichten Anstieg gab, ist nicht selbstverständlich. Denn es gab im Frühjahr und im Herbst Lockdowns, die zu Schulschließungen führten und zu weniger Begegnungen von Menschen in Behörden, weil auch deren Präsenzzeiten deutlich heruntergefahren wurden. Auch Beratungsstellen waren über mehrere Wochen nur telefonisch

oder online erreichbar. Einige von ihnen berichteten, dass es weniger Beratungsfälle im Jahr 2020 gegeben habe und weniger Begegnungen mit Menschen in sozialen Einrichtungen dazu geführt haben, dass weniger Meldungen bei den Anlaufstellen der Register eingegangen seien. Deshalb ist dieser leichte Anstieg ein Zeichen dafür, dass die Zahl derjenigen, die ihre Erfahrungen dokumentieren lassen möchten, gestiegen ist. Das geht aus der Analyse der Quellen hervor. Zusätzlich zu den Vorfällen, die im Jahr 2019 aus Beratungsstellen gemeldet wurden, sind zwei neue Quellen hinzugekommen. Im Jahr 2020 wurden erstmals Fälle der Antidiskriminierungsberatung an Schulen (ADAS) und Meldungen über die Antidiskriminierungs-App (AnDi) des Berliner Senats bei den Registern aufgenommen. Die App ging im Oktober 2020 an den Start und ermöglicht die Übermittlung von Vorfalls- und Diskriminierungsmeldungen an Dokumentationsstellen. Beide Quellen machten zusammen ungefähr ein Drittel (65 Vorfälle) der Diskriminierungsfälle in der Dokumentation aus. Bisher war es so, dass Menschen erst dann Beratungsstellen aufgesucht haben, wenn sie massive Probleme hatten und Diskriminierungen schwerwiegende Konsequenzen hatten, wie den Verlust des Arbeitsplatzes, die Kündigung der Wohnung oder die Verweigerung von Sozial-, Bildungs- oder Gesundheitsleistungen. Die Abhängigkeit der Betroffenen vom Wohlwollen derjenigen, die in der mächtigeren Position sind, wie Sachbearbeiter*innen, Vorgesetzte, Lehrer*innen, Polizist*innen oder Vermieter*innen, führt dazu, dass sie sich seltener beschwerten, wenn sie beleidigt oder schlechter gestellt werden. Erst wenn es existentiell wird, suchen sich Menschen Hilfe. Über die Antidiskriminierungs-App können Menschen ihre Erfahrungen, anonym, zeitlich und räumlich flexibel von den Öffnungszeiten einer Beratungsstelle und technisch einfach an Meldestellen schicken. Im Jahr 2020 wurden insgesamt 61 Meldungen, die über die App gemeldet wurden, aufgenommen.

Inhalte: Anstieg traditioneller Themen der extremen Rechten - Rassismus bleibt Hauptmotiv

Aus dem Vergleich der inhaltlichen Vorfälle wurde deutlich, dass die traditionellen Themen der extremen Rechten zugelegt haben. Weil der Anteil der Propaganda bei 58 Prozent lag (2234 Vorfälle), wirkte sich der Inhalt der Propaganda stark auf die inhaltliche Zusammensetzung aller Vorfälle aus. Für 2020 bedeutet das, dass die zusätzlichen Propagandavorfälle zu Anstiegen in den Themenfeldern NS-Verharmlosung und -Verherrlichung, Rechte Selbstdarstellung, Antisemitismus und Aktivitäten gegen politische Gegner*innen führten.

Inhaltliche Verteilung der Vorfälle 2019 und 2020



Menschen mit neonazistischem Weltbild sind im Jahr 2020 als Einzelpersonen nahezu täglich durch ihre Wohngebiete gezogen und haben immer wieder die gleichen Stellen mit Hakenkreuzen beschmiert, mit NS-Parolen verunstaltet und Aufkleber geklebt. Das aktionsorientierte Spektrum der extremen Rechten, das sich vor einigen Jahren noch den "Autonomen Nationalisten" oder der NPD zugehörig fühlte, ist im Jahr 2020 für die extrem Rechte Kleinstpartei "Der III. Weg" aktiv geworden. 134 Vorfälle sind auf Aktivitäten des "III. Weg" zurückzuführen. Neben den nordöstlichen Berliner Bezirken Lichtenberg (32), Marzahn-Hellersdorf (31) und Pankow (24) waren Mitte (16) und Spandau (14) von Aktionen betroffen. Der Anstieg der Vorfälle, die den Nationalsozialismus verharmlosten und verherrlichten, die der rechten Selbstdarstellung dienten, die sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten richteten und die antisemitisch waren, beruhen alle auf dem Anstieg der Propaganda. Diese Entwicklung startete mit Beginn des ersten Lockdowns im März 2020, als weder Saalveranstaltungen noch Demonstrationen stattfanden. Die Vorteile für Täter*innen, über Propaganda ihre Meinung auszudrücken, liegen auf der Hand: zeitliche und räumliche Flexibilität, Anonymität, keine organisatorischen Voraussetzungen und klare Botschaften. Das Anbringen von Propaganda wurde als Alternative zu nicht mehr möglichen Aktionsformen gewählt.

Der stärkste Rückgang von Vorfällen war im Themenfeld LGBTIQ*-Feindlichkeit zu sehen. Die Vorfallszahl ist von 222 im Jahr 2019 auf 169 im Jahr 2020 gesunken. Ursache hierfür sind 39 Propagandavorfälle weniger als 2019. In dem Jahr sprühte eine Einzelperson in der ganzen Stadt ca. 70 Mal die gleiche schwulenfeindliche Parole. 2020 fand dies nicht statt. Die Zahl der Angriffe ist von 108 auf 93 gesunken. Im Jahr 2019 waren vermehrt Angriffe auf trans Sexarbeiter*innen in Schöneberg verübt worden, die bedingt durch die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie im

Jahr 2020 weniger im öffentlichen Raum präsent waren und so seltener zum Ziel wurden.

Auch wenn der Anteil der rassistischen Vorfälle gleich hoch geblieben ist, lohnt sich der Blick in diese Kategorie, denn es war mit 34 Prozent das Hauptmotiv (1306 von 3822 Vorfällen). Wenn man sich ansieht, auf welche Arten von Vorfällen sich dieses Phänomen verteilte, sieht man sofort, dass es die Kategorien sind, die die Lebensgestaltung von Menschen stark beeinflussen. Das bedeutet, dass es sich um Vorfälle handelt, in denen Menschen körperliche und verbale Gewalt erfahren. Diese hat auf alle Betroffenen, unabhängig von anderen persönlichen Erfahrungen und Eigenschaften, immer negative psychische Folgen. Menschen vermeiden es, diese Erfahrungen noch einmal machen zu müssen indem sie bestimmte Verkehrsmittel oder Orte meiden, sie den Arbeitsplatz, den Wohnort oder die Schule wechseln oder im schlimmsten Fall nicht mehr nach draußen gehen. Ein Blick auf die Zahlen zeigte, wie viele Vorfälle Rassismus in den einzelnen Kategorien ausmachten: In 56 Prozent der Angriffe war das Motiv Rassismus (211 von 371 Angriffen; 2019: 216 von 390). 60 Prozent aller Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien waren rassistisch motiviert (381 von 632). 85 Prozent (126 von 147) der strukturellen Benachteiligungen wie Racial Profiling und Diskriminierung in Behörden und Institutionen sind auf Rassismus zurückzuführen. Alle dokumentierten Vorfälle aus den Bezirksverordnetenversammlungen hatten einen rassistischen Hintergrund (15 von 15). Auch wenn die Bezirksverordnetenversammlungen nur eine lokal begrenzte Wirkung haben, sind sie eine Ebene auf der gesellschaftliche Debatten geführt und Entscheidungen getroffen werden, die alle Bürger*innen eines Stadtteils betreffen. In der Demokratie sind sie der Ort an dem unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen aus der Bevölkerung verhandelt werden. Wenn dort rassistische Anfragen und Redebeiträge gemacht werden, wirkt es auf die Betroffenenengruppen herabwürdigend und ausgrenzend.

Der Vergleich mit den Kategorien, in denen Rassismus nicht das Hauptmotiv ist, zeigte, dass es dort zum Teil coronabedingt Verschiebungen der inhaltlichen Schwerpunkte gab. 21 Prozent der Propaganda waren rassistisch (477 von 2234; 2019: 439 Vorfälle rassistischer Propaganda), 25 Prozent waren antisemitisch und ebenfalls 21 Prozent NS-verharmlosend. Rassismus blieb damit auch in der Corona-Pandemie eines der zentralen Motive der extremen Rechten. 21 Prozent der Veranstaltungen waren rassistisch (62 von 291). Der Anteil der rassistischen Veranstaltungen war in den Vorjahren viel höher (2019: 189 von 346; 2018: 197 von 317). Die niedrige Zahl ist darauf zurückzuführen, dass sich die extreme Rechte mit all ihren Spektren den Demonstrationen und Mobilisierungen der Coronaleuger*innen und Impfskeptiker*innen angeschlossen hat. Dort war die Palette der Themen breit gefächert. Neben Rassismus standen dort Antisemitismus oder die Gleichsetzung der bundesrepublikanischen Demokratie mit der NS-Diktatur im Vordergrund. Es ist an dieser Stelle nur von einem kurzen Rückgang der rassistischen Veranstaltungen auszugehen. 37 Prozent der "Sonstigen Vorfälle" waren rassistisch (17 von 46), darin sind einige enthalten, die im Zusammenhang mit Schule und Arbeitsmarkt stehen.

Fazit

Die wesentlichen Entwicklungen des Jahres 2020 waren: 1. Die zunehmende Erhellung des Dunkelfelds von rassistischen Angriffen, Bedrohungen und Diskriminierungen, 2. der Anstieg von Inhalten, die aus dem neonazistischen Spektrum stammen, 3. die Verschiebung von Veranstaltungen nach Mitte und 4. die Verschiebung rassistischer Gewalt hinein in Wohngebiete.

Die Zahl rassistischer Angriffe, Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien und die der strukturellen Benachteiligung sind trotz Ausgangsbeschränkungen, Schließung von Schulen und Ämtern und einem Rückgang an Beratungsmöglichkeiten bei Kooperationspartner*innen der Registerstellen auf gleichem Niveau wie im Jahr 2019. Das liegt zum einen daran, dass Menschen, die von rassistischen Anfeindungen betroffen sind, ihre Erlebnisse häufiger in der Öffentlichkeit geteilt haben. Die Initiative #ichbinkeinvirus, die auf einer Internetseite Vorfälle veröffentlicht, ist ein Beispiel dafür. Zum anderen wurden Möglichkeiten entwickelt, um solche Vorfälle einfacher zu melden, z.B. über die Antidiskriminierungs-App des Landes Berlin. Durch diese Möglichkeiten passieren nicht zwingend mehr Vorfälle, sondern die Zahl der Quellen für Registervorfälle erhöht sich. Außerdem wächst das Netzwerk an Projekten und Organisationen, die den Registern Vorfallmeldungen weiterleiten.

Die höchsten Anstiege verzeichneten die inhaltlichen Kategorien NS-Verharmlosung, Antisemitismus und Aktivitäten gegen politische Gegner*innen. Dieser Anstieg hat verschiedene Ursachen. Einen Schwerpunkt bildeten Veranstaltungen und Demonstrationen der Corona-Leugner*innen auf denen antisemitische und rassistische Verschwörungsmymen im Vordergrund standen. Zudem wurden die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mit dem Holocaust und der NS-Diktatur gleichgesetzt. Einen großen Anteil am Anstieg der NS-verharmlosenden und -verherrlichenden Vorfälle hatten Einzelpersonen, die täglich Hakenkreuze und NS-Parolen schmierten. Besonders viele solcher Vorfälle wurden in Lichtenberg dokumentiert, aber auch in Friedrichshain, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg und Treptow-Köpenick gab es diese Entwicklung. Sie startete mit Beginn des ersten Lockdowns im März 2020, als weder Saalveranstaltungen, noch Demonstrationen stattfanden. Die Vorteile für Täter*innen über Propaganda ihre Meinung auszudrücken liegen auf der Hand: Sie sind zeitlich und räumlich flexibel, müssen keine organisatorischen Voraussetzungen erfüllen und die Botschaften sind, wie man an den vielen Hakenkreuzen erkennen kann, klar formuliert und schnell angebracht. Der Nationalsozialismus steht für millionenfachen Mord an Menschen. Die Verwendung seiner Symbole im Jahr 2020 hatte zwei Gesichter. zum einen seine Verharmlosung auf den Demonstrationen der Corona-Leugner*innen, zum anderen seine Verherrlichung in der massenhaften Verbreitung der NS-Propaganda.

Die Veranstaltungsorte von Kundgebungen und Demonstrationen mit extrem rechten Inhalten sind

über die vergangenen fünf Jahre immer weiter in Richtung Innenstadt verlagert worden, d.h. in den Bezirk Mitte. 2015 bis 2017 verteilten sich die Veranstaltungen noch über die ganze Stadt und der Anteil an Demonstrationen in Mitte stieg von 20 auf 28 Prozent aller dokumentierten Veranstaltungen. In den Jahren 2018 und 2019 waren es schon um die 45 Prozent und im Jahr 2020 dann sogar 63 Prozent aller Veranstaltungen. Das bedeutet auch, dass in den anderen Bezirken bis auf Charlottenburg-Wilmersdorf, das mit der City West seit Jahrzehnten Versammlungsort in Berlin war, kaum noch Veranstaltungen der extremen Rechten stattfanden. Diese Entwicklung hat ihre Ursache darin, dass demokratische Institutionen, die von bundesweiter Bedeutung sind, in Mitte ansässig sind, die politisch adressiert werden. Die Themen, zu denen mobilisiert wurde, wie Corona-Pandemie und Rassismus, waren weniger von lokalem Interesse, sondern betrafen die ganze Stadt oder das gesamte Land. Wenn zu Demonstrationen überregional mobilisiert wurde, wie bei "Querdenken", wurden Veranstaltungsorte gewählt, die gut erreichbar sind z.B. über den Hauptbahnhof und den Alexanderplatz. Damit ist die Konzentration des Veranstaltungsgeschehens in Mitte zu erklären.

Die Zahl der Angriffe lag mit 371 nur knapp unter der des Vorjahres (2019: 390). Während in den Bezirken, in denen die Angriffszahlen in den Vorjahren sehr hoch waren (Mitte, Neukölln) deutliche Rückgänge um 30 Prozent verzeichnet wurden, verdoppelten sich die Angriffe in Spandau und Reinickendorf. Bei den Motiven der Angriffe handelt es sich um Rassismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit, die in der Innenstadt den Rückgang verzeichneten und stattdessen in Wohngebieten anstiegen. Bei diesen Motiven handelt es sich um Gelegenheitstaten im Alltag, für die es keine rechte Szene braucht, sondern Menschen, die potenziell Betroffene oder Täter*innen sein können. Eine Auswertung der einzelnen Vorfälle hat gezeigt, dass es sich bei den Angriffsorten um Straßen, Supermärkte, Spielplätze oder Grünflächen handelte. In den bezirklichen Zentren und in den Wohngebieten hielten sich offenbar mehr Menschen auf, als in den Vorjahren. Je mehr Menschen an einem Ort aufeinander treffen, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass es zu rassistischen oder LGBTIQ*-feindlichen Angriffen kommt. Im Jahr 2020 war das in Wohngebieten der Fall.

Mit 3822 Vorfällen haben die Berliner Register mehr Meldungen erhalten als jemals zuvor. Der Großteil des Anstiegs resultierte aus Propaganda-Vorfällen. Die Tatsache, dass die Zahlen der Angriffe, der Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien sowie Diskriminierungsfälle auf dem gleichen Niveau des Jahres 2019 lagen, obwohl über längere Zeit Institutionen, Clubs, Bars geschlossen waren, spricht dafür, dass mehr Menschen, die Ausgrenzungserfahrungen machten, diese teilten. Hält dieser Trend an, kann das große Dunkelfeld an rassistischen, antisemitischen und LGBTIQ*-feindlichen Erfahrungen zunehmend erhellt werden und damit eine bessere Analyse der gesellschaftlichen Probleme erfolgen. Die Dokumentation der Berliner Registerstellen ist dabei ein Beitrag, um notwendige gesellschaftliche Debatten zu führen.

Projektvorstellung

Die **Berliner Register dokumentieren** rassistische, antisemitische, LGBTIQ*-feindliche, extrem rechte, den Nationalsozialismus (NS) verharmlosende und verherrlichende, sozialchauvinistische Vorfälle und solche, die sich gegen Menschen mit Behinderung richten. Erfasst werden alle Vorfälle, die in den Berliner Bezirken stattgefunden haben. Die Vorfälle werden von Bürger*innen bei verschiedenen Anlaufstellen, die über die Stadt verteilt sind, gemeldet und an die bezirklichen Registerstellen weitergeleitet. Dort werden sie gesammelt, veröffentlicht und einmal jährlich ausgewertet. Es gibt in jedem Bezirk eine Registerstelle und für ganz Berlin eine Koordinierung aller Registerstellen, deren Trägerverein die pad gGmbH ist. Die Quellen der Registerstellen sind lokale Initiativen, Netzwerke, Bündnisse, soziale Einrichtungen, Parteibüros, Mitarbeiter*innen der Verwaltung und viele engagierte Anwohner*innen, die oft nicht in Organisationen eingebunden sind. Darüber hinaus gibt es einen Austausch der dokumentierten Vorfälle mit ReachOut (Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt), mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS), mit DOSTA, der Dokumentationsstelle Antiziganismus, und mit den Monitoringstellen von Inssan e.V. und Each One Teach One e.V. (EOTO). Zusätzlich fließen in die Auswertung des Jahres 2020 auch Beratungsfälle der Antidiskriminierungsberatung Alter und Behinderung und der Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS) in die Auswertung ein. Durch den steigenden Bekanntheitsgrad der Registerstellen und ihrer Kooperationspartner*innen, steigt auch die Anzahl an Menschen, die ihre Beobachtungen als Vorfallmeldungen an die Register weiterleiten.

Kontaktdaten der Registerstellen

Koordinierungsstelle Berliner Register
PAD gGmbH
Tel.: 0152 – 04 42 57 46
info@berliner-register.de
www.berliner-register.de

Register Mitte
Narud e.V.
Tel.: 030 - 58 89 50 51, 0157 - 7631 8728
register@narud.org

Lichtenberger Register
pad gGmbH
Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke
Tel.: 0176 - 16 37 16 35
register@licht-blicke.org

Register Steglitz-Zehlendorf
Mittelhof e.V.
sz@berliner-register.de

Pankower Register
[moskito] Fach- und Netzwerkstelle gegen
Rechtsextremismus
Tel.: 030 – 44 37 179
moskito@pfefferwerk.de

Register Charlottenburg-Wilmersdorf
SJD - Die Falken Landesverband Berlin
Tel.: 0178 - 918 58 96
cw@berliner-register.de

Register Reinickendorf
Stiftung SPI
Tel: 01520 - 28 24 537
reinickendorf@berliner-register.de

Register Neukölln
Amaro Foro e.V.
Tel.: 0157 39 28 53 58
register@amarofo.de
www.amaroforo.de

Register Tempelhof-Schöneberg
Tel.: 0176 - 58 85 57 15
tempelhof-schoeneberg@berliner-register.de

Register Spandau
GIZ gGmbH
Tel: 0162 - 578 17 23
register.spandau@giz-berlin.de
www.giz-berlin.de

Register Friedrichshain-Kreuzberg
Tel.: : 0157 - 77 36 99 42
fk@berliner-register.de
www.register-friedrichshain.de

Register Treptow-Köpenick
offensiv'91 e.V.
Tel.: 030 – 65 48 72 93
tk@berliner-register.de

Register Marzahn-Hellersdorf
Partnerschaften für Demokratie Marzahn und
Hellersdorf
Tel.: 030 - 99 27 50 98
pfd-mh@stiftung-spi.de

**Antirassistisches Register an der Alice
Salomon Hochschule**
arreg@ash-berlin.eu